

An die  
UFE-Mitgliedsverbände

Berlin, den 3. November 2009 /bb

### **Information Nr. 6/2009**

#### **Niederschrift über Sitzung des Zollausschusses der UFE am 21. September 2009 in Brüssel**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der Anlage übersenden wir Ihnen die Niederschrift über die Sitzung  
des Zollausschusses der UFE am 21. September 2009 in Brüssel zur  
Kenntnis.

Mit besten kollegialen Grüßen

(R. Zender)  
UFE-Generalsekretär



## **Niederschrift**

### ***über die Sitzung des Zollausschusses der UFE am 21. September 2009 in Brüssel***

Teilnehmer:

siehe beigefügte Anwesenheitsliste

- 1. Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Präsidenten der UFE, Dieter Ondracek, und den kommissarischen Vorsitzenden des UFE-Zollausschusses, Klaus-Hilger Leprich**

UFE-Präsident Dieter Ondracek eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und begrüßt die Teilnehmer. Er entschuldigt Jorn Rise Andersen, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Er erläutert, dass Jorn Rise Andersen den Vorsitz des Zollausschusses aus gesundheitlichen Gründen nicht weiterführen kann und UFE-Präsident Dieter Ondracek gebeten hat, Kollegen Klaus-Hilger Leprich mit der Funktion des Vorsitzenden des Zollausschusses bis Ende der Wahlperiode im September 2010 zu betrauen. Der Zollausschuss wählt UFE-Vizepräsidenten Klaus-Hilger Leprich einstimmig zum Vorsitzenden des Zollausschusses bis zum Ablauf der Wahlperiode im September 2010 in Portugal.

Klarstellend erläutert der UFE-Präsident, dass Jorn Rise Andersen nur vom Vorsitz des Zollausschusses zurückgetreten ist, sein Amt als Vizepräsident der UFE jedoch weiterführt.

Des Weiteren erläutert UFE-Präsident Dieter Ondracek, dass das mit einem Referat vorgesehene Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses, Kollege Frank Stöhr, zurzeit noch in Rom festgehalten sei und abweichend vom Programm erst Nachmittags zu den Kolleginnen und Kollegen des Zollausschusses sprechen könne.

Klaus-Hilger Leprich bedankt sich für das ihm ausgesprochene Vertrauen und übernimmt die Leitung des Zollausschusses. Er erläutert, dass er in dem Jahr bis zur nächsten Komiteesitzung mit den Kollegen gemeinsam etwas auf den Weg bringen möchte. Notwendig sei es, die unzureichende Kommunikation der Zollausschuss-Mitglieder zu verbessern. Auf Abfragen sei immer nur ein geringer Rücklauf zu verzeichnen. Die Mitglieder des Zollausschusses bringen auf Nachfrage von Klaus-Hilger Leprich klar zum Ausdruck, den Zollausschuss nicht nur als Gremium des Meinungs- und Erfahrungsaustausches nutzen zu wollen, sondern offensiv die Situation der Zollverwaltungen verbessern zu wollen, also offensiv Gewerkschaftspolitik zu machen. Einigkeit besteht darin, dass die UFE keine nationalen Probleme lösen kann, sondern nur nationale Probleme bündeln und offensiv voranbringen kann. Im Hinblick auf die vom Präsidium erbetenen Lageberichte aus den einzelnen Ländern wird bemerkt, dass einzig die ungarischen Kollegen von der VPFSZ ein substantiiertes Papier übermittelt haben.

Sodann wird über die Situation des Zolls in den Ländern gesprochen.

Die französischen Kollegen erläutern, dass einem Jahresbericht der Verwaltung zu entnehmen sei, wie der französische Zoll in Zukunft zu arbeiten habe. Der Vorsitzende des Zollausschusses fragt an, ob es einen Mitgliedsstaat gibt, bei dem es keinen Jahresbericht gäbe.

Rigte Brouwer aus den Niederlanden erläutert, dass das Finanzministerium einen jährlichen Bericht schreibe, aber sich nur ein kleiner Teil auf den Zoll beziehe.

Emiel Boriau aus Belgien erläutert, dass der erstellte Bericht nicht der Realität entspreche.

Der Vorsitzende des Zollausschusses Klaus-Hilger Leprich führt aus, dass Zollverwaltungs-Controlling oftmals wichtiger angesehen werde als die

Zollkontrolle selbst. Klaus-Hilger Leprich bemerkt, dass es wichtig sei, dass die Gewerkschaft etwas zu dem jeweiligen Bericht sagt, selbst wenn die Inhalte des Berichts stimmen.

Hinsichtlich der UFE-Umfrage von 2006 zur Organisation der Zollverwaltungen erläutert Klaus-Hilger Leprich, dass es fast drei Jahre gebraucht habe, um eine trotzdem noch „unvollständige“ Umfrage hinzubekommen.

Zu einer OECD-Studie zu den Steuer- und Zollsystemen aus dem Jahre 2006 erläutert Klaus-Hilger Leprich, dass solche Ausarbeitungen von großen Organisationen zwar nützlich seien, aber oftmals mit der Realität nichts zu tun haben.

Kritisch sei zu bemerken, dass Kommissar Kovács bei seinen letzten Äußerungen den Zoll als mögliches Hemmnis dargestellt habe. Dies sei typisch für die Diskussion. Der freie Warenverkehr benötige zwar Kontrolle, aber diese Kontrolle soll den Ablauf des Warenverkehrs nicht hemmen.

Der Vorsitzende Klaus-Hilger Leprich erläutert, dass die in der Zoll-Resolution von Budapest aufgeführten Punkte (S. 3 der Resolution) zunächst national bearbeitet werden müssen. Die Punkte sollen national bearbeitet werden, um die Resolution mit „Fleisch“ zu füllen. Es müsse anhand von konkreten Beispielen dargelegt werden, dass bestimmte Dinge in der Praxis nicht so funktionieren, wie sie angedacht wurden. Hinsichtlich des Kommunikationsmittels erläutert der Vorsitzende des Zollausschusses, dass das Internet das Verständigungsmittel der ersten Wahl ist.

Vizepräsident Giordano Schera erläutert, dass die weltweite Finanzkrise zusammengekoppelt mit einer Sozialkrise sei. Es sei wichtig festzustellen, was in den Mitgliedsstaaten mit der Zollverwaltung geschehe. Bei einer Reise in die baltischen Staaten habe er erfahren, dass in Lettland der Lohn der Zollbediensteten halbiert worden sei.

Interessant sei es auch zu erfahren, wie die Isländer die Krise bewältigt haben.

Der Vorsitzende der isländischen Gewerkschaft erläutert, dass sich die Krise auf den öffentlichen Dienst nicht so gravierend ausgewirkt habe,

sondern die Löhne im Zollbereich „nur“ um 9 % gekürzt worden seien. Es gebe allerdings einen Einstellungs-Stopp. Die Leute würden in den Ruhestand gehen und die freiwerdenden Stellen aber nicht neu besetzt werden. Komme es allerdings zu der für 2010 erwarteten 10 %igen Kürzung, sei dies als dramatisch anzusehen. Zu Entlassungen sei es noch nicht gekommen, allerdings sei dies darauf zurückzuführen, dass der Leiter des Zolls sich mit allen Mitteln dafür eingesetzt habe, Frühpensionierungen zu ermöglichen, um Entlassungen zu verhindern.

Die französischen Kollegen berichten über die Entwicklungen im Zollbereich folgendes: In Frankreich erfolge auch eine mittelfristige Planung. So sei in dem Jahresbericht ausgeworfen, wie viel Zollbeamte im Jahre 2011 noch vorhanden sein sollen. Es würden auch Tendenzen und Entwicklungen angesprochen werden. Damit könne die französische Gewerkschaft Probleme anhand des Berichts ansprechen, denn die Dokumente seien auch auf die Zukunft ausgerichtet.

Zu den Erfolgen im Steuerbereich erläutert UFE-Präsident Dieter Ondracek, dass man im Bereich der Bekämpfung der Steueroasen klare Forderungen gestellt habe. Nämlich eine Art Europol für den Bereich der Steuern. Nicht so ausgestattet wie Europol aber so wie Eurojust. Nunmehr sei von Kovács der Vorschlag für die Einrichtung von Eurofisc aufgenommen worden. Auch für Eurofisc werde gefordert, dass jeweils zwei Steuerfachleute von jedem Mitgliedsstaat eingesetzt werden sollen. Der erste Schritt sei nunmehr hinsichtlich Eurofisc geschafft. Der zweite Schritt sei die Umsetzung durch die Gesetzgebungsgremien, der dritte Schritt sei, dass Eurofisc auch „gelebt“ werde.

Der Zollausschuss-Vorsitzende erläutert, wichtig sei herauszuarbeiten, ob die nationalen Probleme des einen Staates auch in einem anderen Staat existieren. Es sei jeweils zu prüfen, welche Erfahrungen die anderen Länder mit ihrem Vorgehen gemacht haben.

Die Entschließung von Budapest soll nochmals per E-Mail an die Mitgliedsgewerkschaften versandt werden, damit diese den Themenkatalog auf Seite 3 mit Beispielen aus ihrem Land anreichern.

Nunmehr begrüßt der Vorsitzende des Zollausschusses den Vizepräsidenten der Bundesfinanzdirektion West mit Sitz in Köln, Herrn Drude. Er ist der Vordenker für die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in Deutschland.

Vizepräsident Drude führt aus, dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung Teil der Aufgabe der Zollverwaltung in Deutschland sei. In anderen Staaten sei dies oftmals die Arbeitsverwaltung. Parallelen, dass der Zoll die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung als Aufgabe habe, gäbe es u. a. in Österreich und Ungarn.

Vizepräsident Drude führt aus, dass man im Jahr 2004 mit dieser Aufgabe begonnen habe und nunmehr auf fünf Jahre Erfahrung zurückblicken könne. Es seien 2.000 Kollegen aus der Arbeitsverwaltung dem Zoll zugeschlagen worden, so dass insgesamt 6.500 Zollbedienstete mit dieser Thematik beschäftigt seien. Es gäbe drei Aufgabenschwerpunkte, nämlich die Ermittlung von sozialrechtlichen / steuerrechtlichen Vorenthaltungen, die unberechtigte Inanspruchnahme von Sozialhilfe und Verstöße gegen die Handwerksordnung. Für das Jahr 2005 sei das Volumen der Schwarzarbeit mit 356 Milliarden Euro geschätzt worden.

Schwerpunkt der Bekämpfung sei die Schwarzarbeit in Haushalten und die organisierte Schwarzarbeit. So werde mitunter 12 Stunden für 3,00 € bis 5,00 € gearbeitet.

Oftmals liege keine Arbeitsgenehmigung vor, es werde kein Mindestlohn gezahlt und es werde auch keine Sozialversicherung gezahlt. Weit verbreitet sei auch, Unselbständige als Selbständige auszugeben über Scheinselbständigkeitskonstruktionen. So würden die Tische an Kellner verpachtet, einem LKW-Fahrer werde das Fahrzeug verpachtet, an Spargelstecher würden einzelne Spargelreihen verpachtet. Zurzeit sei die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) an 40 Hauptzollämtern und 113 Standorten in Deutschland präsent. Weil die Zahl der Mindestlohnbranchen steige, seien in Zukunft mehr Zollbeamte erforderlich. So bei der Baubranche, den Briefkurieren, dem Gebäudereinigungshandwerk und den Sicherheitsdiensten. Etwa 100.000 Hinweise würden aus der Bevölkerung eingehen, der Rest aus der

Wirtschaft. Der Finanzkontrolle Schwarzarbeit stünden Prüfungs- und Ermittlungsrechte zu.

Die Luxemburger Kollegen berichten über die Bekämpfung der Schwarzarbeit in ihrem Land. André Friden erläutert, dass der Zoll mit der Gewerbeaufsicht zusammen arbeite. Der Zoll habe z. B. die Befugnis, bei groben Unregelmäßigkeiten Baustellen sofort zu schließen.

Die ungarischen Kollegen berichten, dass auch in Ungarn der Zoll für die Prüfung der Schwarzarbeit zuständig sein könne, wenn eine Vereinbarung zwischen der Steuerbehörde und ihm bestehe.

Kollege McLean aus Großbritannien erläutert, dass in dem Vereinigten Königreich, ähnlich wie in Deutschland, Sondereinheiten bestehen würden. Geprüft würde u. a. die Einhaltung der Mindestlöhne. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung seien nur ein zivilrechtliches Vergehen.

Vizepräsident Drude erläutert, dass die Zusammenarbeit mit den Luxemburger Kollegen traditionell sehr gut sei und man u. a. Hospitationen durchgeführt habe.

Die dänischen Kollegen erläutern, dass es eine Kampagne gegeben habe unter dem Motto „Fairplay“. Diese Kampagne habe jedoch keine großen Erfolge gehabt. In Dänemark würde die Steuerverwaltung zusammen mit der Polizei auf den Baustellen kontrollieren. In Norwegen ist ebenfalls nur die Steuerverwaltung zuständig. In den Niederlanden arbeiten die Sozialbehörden mit der Steuerverwaltung zusammen. In Frankreich ist das Arbeitsministerium für die Kontrolle der Schwarzarbeit zuständig.

Abschließend erläutert Vizepräsident Drude, dass pro Jahr vier Schwerpunktprüfungen durchgeführt werden. Bei diesen Prüfungen ergebe sich im Regelfall eine Beanstandungsquote von 20 – 30 %. In Deutschland bestehe als wirksames Instrument nur die Möglichkeit, nach Auffälligkeiten das betreffende Unternehmen nicht mehr bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen.

Festzustellen sei, dass die Zollverwaltung in Deutschland die einzige Verwaltung sei, die wachse.

Der Vorsitzende des Zollausschusses erläutert nochmals das weitere Vorgehen des Zollausschusses. Die Themen von der Zollausschuss-

EntschlieÙung (Seite 3) aus Budapest sollen bis Ende November beantwortet und an das Generalsekretariat übersandt werden. Diese Ausführungen werden dann bei der nächsten Präsidiumssitzung im Dezember aufbereitet. Die Mitgliedsgewerkschaften sollen bei der Beantwortung auch darauf eingehen, welche Fragen für sie am wichtigsten sind, was bei ihnen Priorität habe.

#### **4. Berichte aus der Arbeit des Zollausschusses**

Da Kollege Jorn Rise Andersen abwesenheitsbedingt nicht für eine Berichterstattung zur Verfügung steht, geht der neue Vorsitzende des Zollausschusses, Klaus-Hilger Leprich, anhand des Protokolls der letzten Zollausschuss-Sitzung die Schwerpunktthemen nochmals durch.

Hinsichtlich der Begasung von Containern waren die niederländischen Kollegen führend mit der Thematik. Nach deren Auskunft ergibt sich keine neue Situation. Bei den finnischen Kollegen war die Zusammenlegung von Zoll und Grenzüberwachung thematisiert worden, wobei die finnischen Vertreter allerdings ad hoc nicht wissen, was daraus geworden ist.

In Großbritannien wurden Zoll und Steuern im Jahre 2005 zusammengelegt. UFE-Vizepräsident Peter Lockhart berichtet, dass ab August 2009 in Großbritannien die UK Border Agency ihre rechtliche Existenz hat. Dort seien 4.500 Zollstellen, die vorher bei „Her Majesty Customs“ angesiedelt waren, dem Innenministerium (Home Ministry) unterstellt worden. In Großbritannien seien im Mai 2010 wieder Regierungsneuwahlen.

Kollege Alistair McLean erläutert, dass 500 zusätzliche Kräfte notwendig wären. Insgesamt sind 25.000 Beschäftigte vorhanden. Die PCS sei zufrieden mit dem Ziel der Agentur.

Die französischen Kollegen erläutern, dass es eine radikale Reform des Zollwesens gegeben habe. Vorher habe es 250 Zollstellen gegeben, heute gebe es nur noch 60 Zollämter und 100 kleinere Kontrollstellen. Die Anzahl der Zöllner werde pro Jahr um 350 bis 400 Stellen verringert. Dies soll insgesamt bis zum Jahre 2011 gehen. Die Zollbesetzung stehe auch in Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Tätigkeit. Von 18.000 Zöllnern soll es bis Ende 2011 nur noch 17.400 geben. Am 3. August 2009 sei in

Frankreich ein neues Gesetz über die Mobilität verabschiedet worden. Wenn ein Beamter drei Versetzungsangebote nicht annimmt bzw. bei notwendigem Wechsel drei unterbreitete Angebote ablehnt, könne er gekündigt werden. Im Jahr 2012 seien Wahlen in Frankreich. In Frankreich findet ein Stellenabbau nur durch Fluktuation statt. Vor zwei Jahren wurden nur 50 % nicht ersetzt, heute werden 58 % nicht ersetzt, die in den Ruhestand gehen. Insgesamt gab es um die Jahrtausendwende 21.000 Stellen im Zoll wie auch 250 Zollämter (heute 60 Hauptzollämter und 100 kleinere Kontrollstellen). Im gleichen Zeitraum habe es allerdings einen Aufgabenzuwachs gegeben, insbesondere durch die Verwaltung der Umweltsteuern.

Der Vorsitzende des Zollausschusses hält fest, dass der Zoll in allen Ländern die Zuständigkeit bei grenzüberschreitenden Sachverhalten habe. Der Personalabbau sei allerdings hinsichtlich der Auswirkungen von den Initiatoren nicht hinterfragt worden, insbesondere nicht, in welcher Qualität der Zoll seine Arbeit weiterhin verrichten könne. Man müsse sich vergegenwärtigen, dass die Beschau nur ein Mal erfolgen könne, nämlich an der EU-Grenze. Nur 8 – 10 % würden bei den kleineren Ämtern beschaut, bei den größeren sei die Beschauquote kleiner als 1 %. Wichtig bei der Beantwortung des Fragebogens sei, dass die nationale Situation geschildert werden müsse. Dann könne man dies bündeln und die Kommission mit den Ergebnissen konfrontieren. Wichtig sei, dass man Forderungen mit Fakten belegen könne. Wichtig sei daher auch die Beantwortung der Frage, wie die Außengrenzen besetzt seien. Es genüge für eine überzeugende Arbeit nicht, nur Behauptungen aufzustellen, sondern die Behauptungen müssten mit Fakten aus allen Staaten belegt werden können. Das eine Bild sei der Zollcodex, die andere Frage sei, wie die Realität aussehe. Für die nächsten Jahre solle sich der Zollausschuss auf die originären Zollaufgaben konzentrieren. Dies seien insbesondere Import / Export, wie man damit umgehe und wie man dafür ausgebildet sei. In Europa gehe es aber auch noch um mehr. Ohne physische Kontrollen gebe es keinen Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Wenn Bürger geschützt werden sollen, könne das nur an der Grenze erfolgen, beim ersten Grenzübertritt der Ware nach Europa. Es müsse daher in der

Europäischen Gemeinschaft eine einheitliche Risikoanalyse geben. Wenn nur der Haushalt bzw. die Haushalte im Vordergrund stehen, könne dies nicht gewährleistet werden. Es gehe z. B. nicht nur um Markenpiraterie, sondern auch um Gesundheitsvorsorge. So müsse das Problem der Medikamentenfälschung, Autoteilefälschung und Flugzeugteilefälschung angesprochen werden. Wichtig sei also herauszuarbeiten, wie wichtig die Rolle des Zolls an den Außengrenzen sei.

Im Rahmen von europaweiten Öffentlichkeitskampagnen könne man z. B. den Schutz der Gesundheit öffentlichkeitswirksam darstellen.

Kollege Emiel Boriau erläutert, wie umständlich das Zollverfahren bei der Überprüfung von Waren in Belgien ist. So führe der auswählende Beamte die Zollkontrolle nicht selbst durch, sondern meldet sie an eine weitere, entfernt gelegene Stelle, die wiederum einen anderen Zöllner vom gleichen Amt wie dem des Auszuwählenden mit der Überprüfung beauftrage. Eine Rückmeldung finde nicht statt.

Die norwegischen Kollegen berichten, dass ab 01.01.2011 der Zoll zusammen mit der Polizei an der Grenze arbeite und die Polizei an der Grenze unterstützen werde.

Für Deutschland erläutert der Vorsitzende des Zollausschusses, dass seit 10 Jahren zwischen 1 und 1,5 % Personal abgebaut wurde. Erst 2010 finde zum ersten Mal seit 10 Jahren kein Abbau mehr statt.

Vizepräsident Giordano Schera erläutert für die Schweiz, dass die Schweiz seit 12.12.2008 dem Schengener Abkommen beigetreten sei. Daher gebe es keine Personenkontrollen mehr an der Grenze. Allerdings würden Warenkontrollen nach wie vor durchgeführt, müssten aber nicht an der Grenze erfolgen, sondern könnten in einem Radius von einem Kilometer an der Grenze durchgeführt werden. Entgegen den vorher geäußerten Befürchtungen sei der Schweizer Arbeitsmarkt nicht mit ausländischen Arbeitnehmern (Polen usw.) überflutet worden.

## **5. Berichte von den Teilnehmern**

Bereits unter den vorhergehenden TO-Punkten 3 und 4 erfolgt.

## **6. Bargeldkontrollen durch die Zollverwaltungen in den Mitgliedsstaaten**

Vizepräsident Giordano Schera erläutert, dass auch in der Schweiz Bargeldkontrollen seit einem Monat durchgeführt werden.

Die norwegischen Kollegen berichten, dass drei Hunde eingesetzt würden, die Geld feststellen können.

Die deutschen Kollegen erläutern, dass es auch in Deutschland Spürhunde für Geld gebe. Diese würden sehr gute Erfolge erzielen. So seien in Frankfurt / Flughafen innerhalb eines Jahres 9 Millionen Euro festgestellt worden.

Auch beim Kopenhagener Flughafen würde ein Hund für die Aufspürung von Geld eingesetzt werden.

Die britischen Kollegen erläutern, dass die Spürhunde auch in Großbritannien sehr viel Erfolg haben. Diese seien bei der UKBA angesiedelt. 50 % der eingezogenen Gelder würden wieder für die Betrugsbekämpfung eingesetzt.

Die ungarischen Kollegen berichten, dass ebenfalls Bargeldkontrollen durchgeführt werden, und zwar seit 15.06.2007 bei Beträgen ab 10.000 Euro. Wenn das Geld nicht angegeben sei, könne es beschlagnahmt werden.

Für Deutschland wird erläutert, dass die Durchführung der Bargeldkontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismus eingeführt wurde und sich auch auf Betrug der Vorenthaltung von Sozialleistungen beziehe. Der Zoll habe die Kontrollbefugnis im gesamten Bundesgebiet.

Die Luxemburger Kollegen erläutern, dass nur 8 Fälle im Jahr 2008 bekannt seien am Flughafen von Luxemburg.

Die belgischen Kollegen erläutern, dass der Zoll zwar die Befugnisse habe, aber kein Personal, die Bargeldkontrollen daher kein Thema seien.

## **7. Anweisungen zur Behandlung von begasten Containern in den Mitgliedsstaaten**

Der Vorsitzende des Zollausschusses erläutert, dass man davon ausgehen müsse, dass jeder vierte kontrollierte Container mit Giftstoffen

belastet sei. Die Haltwertzeit betrage zum Teil mehrere Jahre. Insbesondere bei Kunststoffmatratzen sei dies verheerend. Für den Hamburger Hafen bestehe nun die Anweisung, dass kein Container mehr geöffnet werde, wenn nicht bewiesen sei, dass er giftstofffrei ist. Speziell zur Kontrolle der Giftstoffbelastung vor dem Öffnen sei eine Art Handstaubsauger im Einsatz, der innerhalb von 2 Minuten eine Luftanalyse ermögliche. Die Container würden sofort an Ort und Stelle entlüftet werden. Es seien Fälle bekannt geworden, in denen das Chrommethan in tödlicher Dosis vorhanden gewesen sei, also allerhöchste Vorsicht im Hinblick auf den Arbeitsschutz geboten sei. Eine Stichprobe bei 2.000 Containern habe ergeben, dass jeder vierte gesundheitsschädlich belastet sei. Bei 10 Millionen Containern jährlich im Hamburger Hafen sei das Ausmaß der Gefährdung entsprechend hoch einzustufen. Die Studie mit der Stichprobe von 2.000 Containern sei in Zusammenarbeit mit der Hamburger Hochschule erfolgt. Der Untersuchungsbericht soll den Mitgliedsverbänden übermittelt werden und nach Genehmigung des Urheberrechtsberechtigten ins Internet gestellt werden.

Kollege Emiel Boriau aus Belgien berichtet, dass es einen Zwischenfall mit einem Arbeiter gegeben habe, daraufhin sei ein Brief an alle Beamten gegangen. In Antwerpen würden 7 Millionen Container jährlich umgeschlagen. Ansonsten sei es nicht durchgedrungen, dass eine Gefahr durch begaste Container besteht.

Die Untersuchungsergebnisse der Hamburger Hochschule sollten erst unter Verschluss gehalten werden, jedoch habe sich die Hochschule Hamburg mit ihrem Veröffentlichungsbegehren durchgesetzt.

## **8. Produktpiraterie**

Für die Bundesrepublik Deutschland wird erläutert, dass die Produktpiraterie dramatisch zugenommen habe. 1995 seien 506 Produktverletzungen festgestellt worden, im Jahr 2000 3.178 und im Jahr 2008 schon 10.888 Produktfälschungen und Verletzungen von Urheberrechten. Erstaunlich sei, aus welchen Ländern die Produkte stammen. So sei China mit 28,5 % beteiligt, die USA mit 18,5 % und

Thailand mit 17 %. In München gebe es eine Zentralstelle, wo auch eine Informationsdatenbank vorhanden sei.

Die niederländischen Kollegen erläutern, dass es auch in den Niederlanden eine zentrale Stelle gebe. Zunächst werde die Ladung durch einen Zollbeamten untersucht, wenn dieser eine Fälschung nicht eindeutig feststellen könne, gehe dieser zu einem Spezialisten und dann zum Markeneigentümer. Die größte Steigerungsrate bei der Produktpiraterie sei vorbei, sie sei aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Eine Zunahme sei bei der Medikamentenfälschung und Autoersatzteilen, wie Bremsbeläge usw. festzustellen, wo auch ein strafrechtlicher Hintergrund gegeben sei.

Die belgischen Kollegen erklären, dass kein Personal für die Produktfälschkontrollen vorhanden sei und auch keine ausreichende Schulung.

Die Kollegen aus Großbritannien erläutern, dass man härter dagegen vorgehen wolle. Insbesondere der Schmuggel von Tabak und Zigaretten solle stärker bekämpft werden, wobei größter Hersteller China sei.

In Frankreich seien 4.800.000 gefälschte Produkte festgestellt worden. Frankreich sei aber mehr als Transitland anzusehen, daher auch die hohe Anzahl von gefälschten Produkten. Gute Erfolge bei der Bekämpfung der Produktpiraterie habe man im Hinblick auf Arzneimittel z. B. in Zusammenarbeit mit Sanofi erzielt. Zunehmend würden aber auch Medizingeräte gefälscht werden.

Die niederländischen Kollegen erläutern, dass man vermutlich gefälschte Ware nur 5 Tage festhalten dürfe. Privatpersonen dürfe man ohnehin keine Ware abnehmen, sondern nur Unternehmern.

Die dänischen Kollegen erläutern, dass sie zu wenig Personal hätten. Sie berichten von einem spektakulären Fall von 10 Millionen gefälschten Zigaretten der Marke „Prinz“.

Die ungarischen Kollegen erläutern, dass bevorzugt Textilwaren und Heroinschmuggel über die Häfen von Kroatien und Slowenien, aber auch über die Türkei und Polen erfolgen würde. Gefährdet seien die Sicherheit und der Gesundheitsschutz. Unbedingt müsse eine bessere Rechtsposition bei der Beschlagnahme von Waren geschaffen werden.

Zunehmend sei der Trend hin zu gesundheitsschädlichen Produktfälschungen festzustellen.

#### **9. Auswertung der Referate / Diskussionen und Zielvorgaben für den Zollausschuss bis zur Komiteesitzung 2010**

Der Zollausschussvorsitzende erläutert nochmals das weitere Vorgehen des Präsidiums bzw. Generalsekretariats aufgrund der aktuellen Zollausschuss-Sitzung.

#### **10. Verschiedenes**

Kollege Rigte Brouwer aus den Niederlanden verabschiedet sich vom Zollausschuss, da er in den Ruhestand gehe und nicht mehr an den UFE-Sitzungen teilnehmen werde. Der Zollausschuss-Vorsitzende Klaus-Hilger Leprich bedankt sich bei ihm für die wertvolle Mitarbeit in den vergangenen Jahren.

#### **11. Ort und Zeit der nächsten Zollausschuss-Sitzung**

Die nächste Zollausschuss-Sitzung soll, wenn notwendig, im Frühjahr / April 2010 stattfinden.

Mit einem herzlichen Dank an die Teilnehmer und Übersetzer schließt der Vorsitzende des Zollausschusses, Kollege Klaus-Hilger Leprich, die Sitzung um 18.00 Uhr.